

KURZ UND PRÄGNANT

Realität gestrichen

Als „perfide“ bezeichnete MdL Matthias Bärwolff die Ende November bekannt gewordenen Streichungen unliebsamer Zahlen und Passagen im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. „Die Realität lässt sich nicht streichen! Die CDU/CSU-FDP-Politik der letzten Jahre war darauf gerichtet, die großen Einkommen und Vermögen zu schonen und die kleinen Einkommen bei der Finanzierung der Bankenkrise zu belasten. Zudem hat es jahrelang eine Niedriglohnpolitik gegeben, die in erster Linie mit Hartz IV durchgesetzt wurde. Den Bericht, der die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben dokumentiert, jetzt von missliebigen und all zu deutlichen Passagen zu säubern, macht deutlich, wie zynisch die herrschende Politik ist“, betonte der Sozialpolitiker der Linksfraktion. ■

Im Kern rassistisch

HIV und Aids seien „eine große Herausforderung für alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen“, sagte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. „Aids ist eine Frage des globalen Verständnisses. Wenn Konzerne dringend gebrauchte Hilfe verweigern, dann darf dies nicht hingenommen werden. Verantwortung gegenüber Menschen darf keine Frage des Profits und von Ländergrenzen sein. Dazu muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass Aids und HIV kein randständiges Problem oder ein Angelegenheit von Minderheiten ist.“

Mit Blick auf Thüringen forderte der Abgeordnete verstärkte Aufklärung in Thüringer Schulen durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die in den Thüringer AIDS-Vereinen tätig sind. „Man darf es gar nicht so weit kommen lassen, dass sich Menschen aus Unkenntnis infizieren. Daher ist die Forderung nach Einstellung von zusätzlichen Mitteln für die Prävention mehr als berechtigt“, so Bodo Ramelow anlässlich des diesjährigen Weltaidstages am 1. Dezember, der unter dem Motto stand „Positiv zusammenleben“.

Die vom Innenminister in Sachsen-Anhalt geplanten Zwangstests auf HIV-Infektionen für Homosexuelle, Drogenabhängige, Obdachlose und Flüchtlinge bezeichnet Ramelow als „im Kern zutiefst rassistisch“. „Das pervertiert jede Form des Präventionsgedankens, weil pauschal bestimmte Gruppen an den Pranger gestellt werden. Im Kern ist das ein rassistischer Ansatz“. Die Vorstellung, man könne Aids mit Zwangstests besiegen, seien „obrigkeitsstaatliche Gewaltphantasien“. ■

Unmissverständliches Signal an extreme Rechte

Bodo Ramelow zu neuem NPD-Verbotsverfahren - kein „demokratisches Feigenblatt“

Die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz, ein neues NPD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht auf den Weg zu bringen, wird von Bodo Ramelow begrüßt. Er spricht von einem „unmissverständlichen Signal an die extreme Rechte“ und betont: „Es ist nun notwendig, dass Bundesrat und Bundesregierung dem angekündigten Verbotsantrag beitreten und das Verfahren in gemeinsamer Verantwortung sachgerecht vorangetrieben wird.“

Der Fraktionsvorsitzende erinnert daran, dass das erste NPD-Verbotsverfahren am Einsatz zahlreicher V-Leute der Landesämter - „hier hat man in Thüringen besonders Schuld auf sich geladen“ - und des Bundesamtes für Verfassungsschutz gescheitert ist.

„V-Leute sind daher vollständig abzuschalten“

Jedoch müsse auch unabhängig vom förmlichen Rechtsverfahren ausgeschlossen werden, dass vom Staat bezahlte Neonazis antidemokratische Strukturen aufbauen und gegen Verfassungsgrundsätze vorgehen. „V-Leute sind daher vollständig abzuschalten“, fordert Bodo Ramelow.

Auch wenn nach seiner Ansicht die Verfassungsfeindlichkeit der NPD als Grundlage für ein Verbot gegeben sei,

dürfe nicht verkannt werden, dass die NPD nur ein Teil der gefährlichen neonazistischen Strukturen sei. Ein Verbot verhindere nicht die Verbreitung nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Einstellungen. Bodo Ramelow: „Wer nicht möchte, dass eine neonazistische Partei staatliche Gelder erhält, muss zuerst dafür sorgen, dass sie nicht gewählt wird. Ein Parteiverbot ist kein Ersatz für die notwendige Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft.“

Es dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass mit einem Verbot nun alles zur Bekämpfung des Neonazismus getan sei, warnt der LINKE Politiker. Militante Neonazis seien vielfach in kaum zu kontrollierenden „Freien Strukturen“ organisiert und rechtsextreme Ideologie längst nicht nur auf die Mitglieder solcher Strukturen beschränkt. „Die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Neonazismus muss unvermindert fortgesetzt werden. Dies zu unterstützen und nicht zu behindern, wie zum Beispiel durch unsägliche Extremismusklauseln, liegt ebenso in der Verantwortung der Bundesländer. Sonst bleibt die Entscheidung für ein NPD-Verbotsverfahren ein demokratisches Feigenblatt“, so Bodo Ramelow.

Nachdem bereits in Kahla Thüringer Neonazis mit einem Transparent Solidarität für den wegen Beihilfe zum mehrfachen Mord angeklagten Ralf Wohlleben

bekundeten, posierten jetzt auch Neonazis im Netz mit Waffen und eindeutiger Pose und kommentieren dies als „NSU reloaded“ bzw. „Die neu NSU aus Thüringen“.

Staatsanwaltschaft eingeschaltet

Dazu Martina Renner, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Diese zur Schau gestellte Solidarisierung mit den Verbrechen des NSU und das demonstrative Zeigen von Waffen sind nicht nur Ausdruck eines Selbstverständnisses und der Kontinuität zwischen menschenverachtender Ideologie und der Bereitschaft zur Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Sie zeigen auch, auf welch großes Unterstützernetzwerk das neonazistische Terrornetzwerk NSU in der extremen Rechten bauen konnte.“

Die Abgeordnete verwies darauf, dass ein Teil der posierenden Neonazis in Crawinkel über eine eigene Immobilie verfügt, in der sich regelmäßig Neonazis zu Veranstaltungen treffen. Aus diesem Umkreis kommen offenkundig auch diejenigen, die kürzlich in Gotha vor einem von alternativen Jugendlichen bewohnten Haus einen selbstgebauten Sprengkörper detonieren ließen. Martina Renner hat sich am 3. Dezember an die Staatsanwaltschaft gewandt, um die Veröffentlichung auf ihren strafrechtlichen Charakter überprüfen zu lassen. ■

Wem gehört das Netz?

Urheberrechte und Patente im Zeitalter des Internets, der Zugang zu Daten und dem weltweiten Netz und Möglichkeiten digitaler Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, das waren die Stichworte einer lebhaften Diskussion, mit der die dritte „Linke Medienakademie Thüringen“ eröffnet wurde. Vor leider zu wenigen Gästen, dafür aber dank Livestream weltweit im Internet zu sehen, saßen am Abend des 7. Dezember drei ausgewiesene Experten zum Thema auf dem Podium in Erfurt. Lebhaft diskutierten der politische Bundesgeschäftsführer der Piratenpartei, Johannes Ponader, der Sozialdemokrat, frisch gewählte Landesvorsitzende der Jüdischen Gemeinde Thüringen und Experte für Patentrecht von der Technischen Universität Ilmenau, Professor Reinhard Schramm, und der internetbegeisterte Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow. Der Ort der Begegnung, das Erfurter Radio FREI, war gut gewählt. Seit vielen Jahren bietet der Sender auch jenen Menschen und Meinungen eine Bühne, die sonst zu wenig oder gar nicht gehört werden. Genau der richtig Ort also, um auch über Fragen von Gegenöffentlichkeit zu sprechen. Vor dem



Hintergrund einer fortschreitenden digitalen Vernetzung und der Ausbreitung des Internets nicht nur für Kommunikation und Datenaustausch, sondern auch für die Koordinierung von Warenproduktion und Wertschöpfung, hochaktuelle Fragen. Einig war man sich, dass die neuen Herausforderungen auch neue Regelungen bräuchten. Doch gerade zwischen Ponader und Schramm gab es sehr unterschiedliche Auffassungen zum Patent- und Urheberrecht. Während Schramm das bestehende Recht verteidigt und als Stütze für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung sieht, fordert Ponader mehr Freiheiten für Nutzer. Nichtkommerzielle Nutzung von Wissen und Forschung müsse erleichtert werden. Auch Ramelow argumentierte in diese Richtung und kritisierte, dass die Ergebnisse staatlich geförder-

ter Forschung zu oft ausschließlich privaten und kommerziellen Zwecken zur Verfügung stehen und nicht der Allgemeinheit zu Gute kämen. „Wenn staatliche Gelder in der Forschung von Hochschulen gesteckt werden, muss die öffentliche Verwertung dieses Wissen möglich sein“, so Bodo Ramelow.

Einig war sich das Podium auch, dass mehr Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen möglich sein muss. Ramelow stellte klar, dass es aber nicht nur um den Schein von Transparenz und Mitbestimmung gehen dürfe: „Bürgerbeteiligung muss alternative Entscheidungen treffen können und nicht nur entscheiden dürfen, wo gekürzt wird.“

Einen Mitschnitt der von Carsten Rose (Radio FREI) gut moderierten Podiumsdiskussion gibt es im Internet unter: <http://youtu.be/qUQFuhHkquo> ■